



GRÜNE JOBS, ABER ROTE ZAHLEN AUF DEM LOHNKONTO

Veröffentlicht am 14.06.2023 um 10:11 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Sie pflegen Gärten, pflastern Wege, kümmern sich um Parks und Friedhöfe, planen und bauen Sportplätze: Die "grüne Branche" in der Stadt und Region Hannover hat rund 2.340 Beschäftigte im Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau, so die IG Bauen-Agrar-Umwelt. Die IG BAU Niedersachsen-Mitte beruft sich dabei auf Angaben der Arbeitsagentur. "Die Branche hat Saison und die Betriebe haben alle Hände voll zu tun. Doch hinter den 'grünen Betriebstoren' rumort es kräftig. Es geht um höhere Löhne", sagt Stephanie Wlodarski. Die Bezirksvorsitzende der IG BAU Niedersachsen-Mitte kritisiert den Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau: Dieser trete bei der laufenden Tarifrunde "kräftig auf die Lohnbremse". Das treffe Beschäftigte der



Branche in Stadt und Region Hannover hart. Die Arbeitgeber hätten umgerechnet lediglich 3,75 Prozent Lohnzuwachs pro Jahr als Angebot vorgelegt. "So wie die Preise durch die Inflation gestiegen sind, würde das für die Beschäftigten bis 2025 einen erheblichen Reallohnverlust bedeuten", sagt Stephanie Wlodarski. Die IG BAU dagegen fordere den "Inflationsausgleich plus X" für Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen der Branche. Eine Forderung, an der die IG BAU auch in der dritten Verhandlungsrunde festhalten will: "Die grüne Branche mutet ihren Beschäftigten rote Zahlen auf dem Lohnkonto zu. Die Arbeitgeber sind nicht einmal bereit, die Inflation auszugleichen. Dabei leisten die Garten- und Landschaftsbauer bei Wind und Wetter eine harte Arbeit. So hält und gewinnt man keine Fachkräfte." Das müsse den 331 Betrieben der Branche in Stadt und Region Hannover klar sein. "Und das müssen auch die heimischen Arbeitgeber ihrem Bundesverband klarmachen. Andernfalls werden die bundesweiten Tarifverhandlungen scheitern", so Wlodarski. Die IG BAU verweist dabei auch auf die Frühjahrsumfrage des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau. Das "Branchen-Barometer" mache deutlich, dass unter den befragten Betrieben für gut zwei Drittel der Arbeiten in Privatgärten höhere Preise verlangt würden als noch im Vorjahr. Für die "grünen Aufträge" der öffentlichen Hand schreibe die Branche zu 45 Prozent höhere Rechnungen. "Da kann es nicht sein, dass die Beschäftigten jetzt beim Lohn in die Röhre gucken sollen", so Stephanie Wlodarski.